

ziellen zur Auslandsinformation gedachten chinesischen Publikationen auch, stets peinlich die offizielle Linie wahrt (BR, 30.3.93). Der "Salon" organisierte nach der Eröffnungsveranstaltung noch vier weitere Veranstaltungen, darunter ein wissenschaftliches Symposium im März.

Mitte Mai hat das Gesundheitsministerium als vorgesetzte Behörde den "Salon" nun wieder schließen lassen mit der Begründung, dort seien "falsche Ideen" verbreitet und Homosexualität nicht etwa bekämpft, sondern befürwortet worden. Dies stehe im Widerspruch zu den Zielen der Gesundheits-erziehung. Mit anderen Worten: Das Ministerium wöhnt, Aids durch Unterbindung von Homosexualität eindämmen zu können.

Man geht wohl nicht fehl, wenn man hinter diesem Hin und Her Auseinandersetzungen zwischen konservativen Ordnungspolitikern und aufgeklärten Gesundheitspolitikern innerhalb des Ministeriums vermutet. Als Auslöser mag die letzte Veranstaltung des "Salons" gedient haben, bei der es Anfang April zu Auseinandersetzungen unter Homosexuellen sowie zwischen diesen und einigen Reportern kam, so daß sich diejenigen Kräfte bestätigt fühlen mußten, denen Homosexualität per se als Gefährdung der öffentlichen Ordnung gilt. Eine telefonische "Hot Line" zur Aids-Aufklärung besteht jedoch weiter. (Ming Pao, 19.5.93, nach SWB, 26.5.93)

Derzeit leben 700 von landesweit 938 Aids-Infizierten in Yunnan. Seit Anfang des Jahres existiert auch in dieser südwestchinesischen Provinz ein Aids-Telefon, das bis Ende April 142 mal angerufen wurde. 70% der Ratsuchenden waren Verheiratete mit außerehelichen Sexpartnern. Als homosexuell gaben sich 15,2 Prozent der Anrufer aus. (Zhongguo Xinwen She, 1.5.93, nach SWB, 4.5.93) -hws-

*(20)

Shanghai veranstaltet Ostasienspiele

Vom 9. bis 18. Mai fanden in Shanghai zum ersten Mal "Ostasienspiele" statt. Es handelte sich dabei nach den 1990 in Peking veranstalteten 11. Asienspielen um die zweitgrößte internationale Sportveranstaltung, die je von China ausgerichtet wurde. Erschienen waren

Teilnehmer aus China, Japan, der Mongolei, Nord- und Südkorea, Taiwan, Hongkong, Macao und Guam. (XNA, 7.5.93; GMRB, 10.5.93)

Erwartungsgemäß heimsten die Gastgeber die meisten Medaillen ein, allerdings war die Vorherrschaft der Festlandschinesen mit 105 mal Gold, 74 mal Silber und 34 mal Bronze nahezu erdrückend. Am zweitbesten schnitt Japan mit 25 Gold-, 37 Silber- und 55 Bronzemedailles ab, es folgten Süd- und Nordkorea sowie Taiwan. (FCJ, 21.5.93)

China unterstrich mit den Ostasienspielen seine Bewerbung um die Olympischen Spiele im Jahr 2000. Auch Parteichef Jiang Zemin hob dies bei der Eröffnungsansprache hervor (GMRB, 9.5.93). Zudem war der Präsident des Internationalen Olympischen Komitees, Antonio Samaranch, in Begleitung weiterer Komiteemitglieder zur Eröffnungsfeier erschienen. Auf einer Pressekonferenz sah er Vorteile Pekings hinsichtlich der organisatorischen Stärke, im Entwicklungs-niveau des Sports in China sowie hinsichtlich der Sportstätten (RMRB, 11.5.93). In Peking betonte er erneut die guten Chancen der Stadt, für das Jahr 2000 den Zuschlag zu erhalten. (XNA 12.5.93, nach SWB, 17.5.93) -hws-

Aussenwirtschaft

*(21)

"Handelsbilanzdefizit nur temporär"

In den ersten vier Monaten d.J. weist die Außenhandelsbilanz Chinas einen negativen Saldo von 1,7 Mrd.US\$ auf (1.Quartal 1,17 Mrd.US\$). Als Grund für diese Entwicklung wird der vergleichsweise langsame Exportanstieg von 7,7% angesehen. Die meisten staatlichen Außenhandels-gesellschaften verzeichneten bis April d.J. einen Exportrückgang, während die sino-ausländischen Joint Ventures eine Zunahme von 60% realisierten; der Grenzhandel stieg mit einer Wachstumsrate von 110%. Die gesamten Importe erhöhten sich bis April d.J. um 24,7%.

Trotz des Einbruchs im Außenhandel bis April, geht Pang Rongqian, stellvertretender Direktor des International Research Institute beim Ministerium für Außenhandel und wirtschaftliche Zusammenarbeit (MOFTEC) nicht von einer Fortsetzung dieses Trends bis Ende d.J. aus. Nach Einschätzung von Pang wird ein Ausgleich der Handelsbilanz oder sogar ein leichter Exportüberschuß erreicht werden können. An Importrestriktionen sei nach Angaben von Pang nicht gedacht, vielmehr solle der Export von Gütern mit hoher Wertschöpfung wie Maschinen und Elektronikprodukte durch bessere Bedingungen bei Steuer- und Finanzierungsmodalitäten erhöht werden. Außerdem werde auf eine Erholung der Weltwirtschaft gesetzt. (XNA, 31.5.93) -schü-

*(22)

Aufhebung der Preisobergrenze auf Devisen-Swapmärkten führt zu weiterem Wertverlust der chinesischen Währung

Zum 1.Juni wurde der Wechselkurs der chinesischen Währung auf den Devisen-Swapmärkten wieder freigegeben. Daraufhin sank der Wert des Renminbi (RMB) zum Dollar auf 1 US\$ = 9,99 RMB auf dem Beijinger Swapmarkt (2.6.93) und auf 1 US\$ = 10,231 RMB auf dem Shanghai Swapmarkt (3.6.93). Mitte Februar 1993 war administrativ eine Preisobergrenze für den Wechselkurs von ca. 8 RMB zum US\$ festgelegt worden. Nach Aufhebung der Beschränkungen auf dem Swapmarkt hat damit die chinesische Währung einen Wertverlust von rd. 25% hinnehmen müssen. (NfA, 4.6.93; SZ, 5.6.93)

Mit dieser Entscheidung der Staatlichen Verwaltung für Devisenkontrolle wurde dem sich stark ausgebreiteten Schwarzmarkt die Grundlage entzogen, da der Umtauschkurs beispielsweise auf dem Schwarzmarkt in Beijing ebenfalls 1 US\$ = 10,3 Renminbi (3.6.93) beträgt. (IHT, 4.6.93)

Aufgrund des niedrigeren Wechselkurses auf den Swapmärkten und mengenmäßigen Beschränkungen beim Umtausch, waren viele Unternehmen gezwungen gewesen, sich dem Schwarzmarkt zuzuwenden. Von den Restriktionen auf den Swapmärkten waren vor allem ausländische und Joint

Venture-Unternehmen betroffen gewesen, die für den inländischen Markt produzieren, jedoch für notwendige Importe von Rohstoffen oder Komponenten mit Devisen zahlen müssen. Der Umtausch ihrer Gewinne ist auf Swapmärkten möglich, auf denen die chinesische Währung nach Angebot und Nachfrage gehandelt werden sollte. Der Anstieg des Transaktionsvolumens auf den Swapmärkten von 6,2 Mrd. US\$ im Jahre 1988 auf 26 Mrd. US\$ im letzten Jahr, spiegelt ihre zunehmende Bedeutung wider.

Solange der Devisenzufluß durch Außenhandelsüberschüsse und ausländische Investitionen höher als der Devisenabfluß blieb, waren der offizielle Wechselkurs und die Umtauschrate auf den Swapmärkten nahezu identisch. Im Januar und Februar 1992 belief sich der offizielle Wechselkurs beispielsweise auf 1 US\$ = 5,4 RMB und der Swapmarkt-Kurs auf 1 US\$ = 5,8 RMB.

Die derzeitige Devisenknappheit und der damit verbundene Wertverlust für den Renminbi weisen auf verschiedene Einflußfaktoren hin. Aufgrund der Erwartungen an eine weitere Abwertung der chinesischen Währung scheinen Dollars zu Spekulationszwecken gehortet worden zu sein. Außerdem führte die hohe Importnachfrage zu einem Defizit in der Außenhandelsbilanz von 1,7 Mrd. US\$ in den ersten vier Monaten dieses Jahres. Mit dem zunehmenden Dollarabfluß sank der Umtauschkurs auf 1 US\$ = 8,5 Renminbi Mitte Februar, so daß die chinesische Regierung mit der Festlegung einer Preisobergrenze intervenierte. (ASWJ, 3.6.93)

Der offizielle Wechselkurs wurde mit einer Devaluierung von 0,3% am 4.6.93 nur wenig an die Entwicklung auf den Swapmärkten angepaßt. Die neue Umtauschrate beläuft sich auf nunmehr 1 US\$ = 5,7147 RMB gegenüber dem vorherigen Wechselkurs von 1 US\$ = 5,6957 RMB. (ASWJ, 9.6.93) -schü-

*(23)

China kritisiert IWF-Neubewertung

Der Internationale Währungsfonds (IWF) hat in seinem Ende Mai d.J. veröffentlichten Bericht auf der Grundlage der Kaufkraft-Methode eine Neubewertung des relativen wirt-

schaftlichen Gewichtes einzelner Länder durchgeführt. Entsprechend der neuen statistischen *purchasing power parity*-Methode ist die chinesische Wirtschaft - gemessen am Bruttonationalprodukt (BSP) - weltweit die drittgrößte und steht hinter den USA und Japan. Nach der Neubewertung liegt Deutschland auf Platz vier, gefolgt von Indien, Frankreich, Italien, Großbritannien, Brasilien, Mexiko und Kanada. Nach der früheren Bewertungsmethode des IWF, die auf der Berechnung des BSP zum marktüblichen Wechselkurs in US\$ basierte, hatte die Volksrepublik China noch an zehnter Stelle gelegen. (IHT, 25.5.93; FAZ, 2.6.93)

Die neue statistische Bewertungsmethode des IWF berücksichtigt die unterschiedliche Kaufkraft der Währungen, indem festgestellt wird, wieviel Währungseinheiten für denselben Warenkorb im Inland notwendig sind, der für 1 US\$ in den USA gekauft werden könnte. Als Ergebnis dieser Neuberechnung beträgt das Sozialprodukt Chinas für 1992 rd. 2.000 Mrd. US\$ anstatt der nach der alten Methode errechneten 419,6 Mrd. US\$. (FAZ, 2.6.93) Nach einer Darstellung in IHT vom 25.5.93 wird das Bruttoinlandsprodukt (BIP) vom IWF für China im Jahre 1992 mit 1.660 Mrd. US\$ (alte Methode: 430 Mrd. US\$) und das Pro-Kopf-Einkommen mit 1.450 US\$ (alte Methode: 370 US\$) angegeben. Weiterhin erhöhte sich Chinas Anteil am Weltsozialprodukt von 2% auf 6,2%. (FAZ, 2.6.93)

Die Anwendung der Kaufkraft-Methode auf alle Länder ergibt eine Neuverteilung des Sozialprodukts zwischen Industrie- und Entwicklungsländern. So macht der Anteil der Industrieländer am Weltsozialprodukt statt 73% nur noch 54% aus, während derjenige der Entwicklungsländer von 18% auf 34% steigt. Der Anteil der Europäischen Gemeinschaft beläuft sich nur noch auf 18,51% (konventionelle Statistikmethode 24,81%), der Bundesrepublik auf 4,26% (6,23%) und Japans auf 7,63% (14,6%); dagegen stieg der Anteil Osteuropas und der GUS-Staaten von 9% auf 11%, Asiens von 7,29% auf 17,67% und Afrikas von 1,72% auf 4,05%. (FAZ, 2.6.93)

Einem Sprecher des chinesischen Außenministeriums zufolge, überschätze die IWF-Neuberechnung Chinas Wirt-

schaftskraft. China sei ein Entwicklungsland und weise eine Bevölkerung von mehr als 1,1 Milliarde Menschen auf. Um Länder mit einem mittleren Entwicklungsniveau einzuholen, bedürfe es noch langfristiger Anstrengungen. (XNA 28.5.93)

China befürchtet mit der Neubewertung seines Sozialprodukts nach der Kaufkraftmethode eine Zuteilung von Krediten internationaler Finanzinstitute zu schlechteren Konditionen als bisher. So waren beispielsweise 40% der Weltbankkredite des Jahres 1992 an China zinsfrei oder mit sehr niedrigen Zinsen belegt. (CD, 31.5.93) Nach den Weltbankbestimmungen erhalten Länder mit einem Pro-Kopf-Einkommen von über 765 US\$ nicht mehr die günstigsten Kredite, die eine Laufzeit von 35 Jahren aufweisen und zinsfrei sind. (XNA, 21.5.93)

Ob mit der neuen Statistikmethode tatsächlich auch eine Neubewertung Chinas als Kreditnehmer beim IWF oder bei der Weltbank verbunden sein wird, bleibt abzuwarten. Nach einer Stellungnahme des IWF werde die Kaufkraft-Methode nicht als Grundlage für solche Entscheidungen herangezogen und auch nicht die konventionelle ersetzen. Vielmehr sei die neue Statistikmethode aufgrund ihrer größeren Aussagefähigkeit im Hinblick auf die relative Gewichtung einzelner Länder notwendig. Würde nur das Bruttoinlandsprodukt auf der Basis des marktüblichen Wechselkurses errechnet, finde eine systematische Unterbewertung der realen Wirtschaftskraft solcher Länder statt, deren Güter und Leistungen nur zu einem Teil international auch gehandelt werden. (FAZ, 2.6.93) -schü-

*(24)

USA binden zukünftige Meistbegünstigung an Auflagen

Ende Mai d.J. beschloß US-Präsident Clinton die erneute Verlängerung der Meistbegünstigung für China bis 1994. Allerdings soll dann die Entscheidung über den Handelsstatus Chinas davon abhängig gemacht werden, ob bei den zwischen der amerikanischen und chinesischen Regierung umstrittenen Fragen Fortschritte gemacht worden sind.

Zu den Bedingungen, die China erfüllen muß, um ab Juli 1994 dieselben Handelsprivilegien erhalten zu können,

zählen insbesondere die Einhaltung der Menschenrechte, der international üblichen Außenhandelspraktiken sowie der Auflagen bei Exporten von Militärgütern. Im einzelnen sollen folgende Bedingungen an die Erteilung der Meistbegünstigung geknüpft werden:

- China soll sicherstellen, daß keine Exporte in die USA aus chinesischen Gefängnissen stammen bzw. unter Einsatz der Arbeitskraft chinesischer Gefangener hergestellt werden.
- Der Verbleib von Gefangenen, die aufgrund einer gewaltfreien Äußerung ihrer politischen oder religiösen Überzeugung verurteilt wurden, soll geklärt und Schritte zu ihrer Freilassung unternommen werden. Gleichzeitig soll China zusichern, daß Gefangene human behandelt werden und dem Internationalen Roten Kreuz zur entsprechenden Überprüfung der Zutritt zu Gefängnissen gewährt wird.
- China soll sich an die eingegangene Verpflichtung halten, US-amerikanische Unternehmen nicht zu diskriminieren.
- Die USA fordern von China die Einhaltung der internationalen Vereinbarungen über die Beschränkung des Technologietransfers bei Langstreckenraketen und Nuklearmaterial.

Die Bedingungen sind insgesamt so gestaltet, daß die amerikanische Regierung flexibel entscheiden kann, ob ausreichende Fortschritte in den einzelnen Bereichen von China gemacht wurden. (*The New York Times*, in: IHT, 31.5.93) Über einen Teil der Bedingungen gab es bereits zwischen China und den USA auch Absprachen und entsprechende Zusagen Chinas. So sicherte China in drei gesonderten Vereinbarungen im letzten Jahr die Beschränkung bei Exporten von Militärgütern zu, den Schutz des Copyrights und der Handelsmarken und senkte in einem größeren Umfang die Importzölle zur Verbesserung des Marktzugangs für ausländische Unternehmen. (IHT, 29./30.5.93)

Seit 1989 wird die Frage der Meistbegünstigung jährlich aufs neue und sehr kontrovers diskutiert. Nur durch das Veto von Präsident Bush konnte in den letzten Jahren die Bindung der Meist-

begünstigung an Auflagen vermieden werden. Dagegen hatte sich Clinton während seiner Wahlkampagne eindeutig für eine härtere Haltung der USA gegenüber China in der Frage der Menschenrechte ausgesprochen. Clinton war jedoch in den letzten Monaten zunehmend von einflußreichen Gruppen aus der amerikanischen Wirtschaft unter Druck gesetzt worden. Die Entscheidung für eine bis Juli 1994 unbeschränkte Meistbegünstigung bei gleichzeitigem Hinweis auf bis dahin erwartete Veränderungen, kann als Kompromiß zwischen den amerikanischen Wirtschaftsinteressen und Forderungen nach Sanktionen gegenüber China angesehen werden.

Die im China-Geschäft engagierten rd. 330 großen amerikanischen Unternehmen hatten Mitte Mai in einem Brief an Clinton davor gewarnt, die Meistbegünstigung an Auflagen zu binden. Die ständige Bedrohung durch eine Rücknahme der Handelspräferenzen würde instabile und extrem risikoreiche Rahmenbedingungen für Handels- und Investitionsentscheidungen amerikanischer Unternehmen schaffen und ihre Position gegenüber ausländischen Konkurrenten auf dem chinesischen Markt verschlechtern. Auch würden durch diese Politik die Ziele einer Erholung des amerikanischen Wirtschaftswachstums, der Schaffung neuer Arbeitsplätze und einer Verbesserung der internationalen Wettbewerbsfähigkeit der USA in Frage gestellt. (XNA, 15.5.93)

Einer Untersuchung der International Business and Economic Research Cooperation zufolge, würde die Rücknahme oder Einschränkung der Meistbegünstigung entsprechende chinesische Reaktionen hervorrufen, die zu einem Verlust von 171.000 Arbeitsplätzen in den USA führen könnten. Am stärksten würden hiervon Unternehmen betroffen sein, die Flugzeuge, Kunstdünger, Weizen und Telekommunikationsausrüstungen nach China exportierten. Hierzu zählen vor allem McDonnell Douglas und das Flugzeugunternehmen Boeing, die beide mit hohen Anteilen auf dem chinesischen Markt vertreten sind. Für amerikanische Kunstdüngerproduzenten ist China mit 629 Mio.US\$ der größte Markt und gleichzeitig der zweitgrößte Abnehmer amerikanischer Weizenlieferungen. Bei der Modernisierung der Telekommunikationssysteme rechnet

die AT & T (American Telephone and Telegraph Company) mit einer deutlichen Erhöhung ihrer Marktpräsenz. (FT, 20.5.93)

Die amerikanischen Unternehmen befürchteten insbesondere, daß die von der chinesischen Einkaufsdelegation im Frühjahr in Aussicht gestellten Aufträge bei einer Ablehnung der Meistbegünstigung in Frage gestellt würden. Hierbei handelte es sich um: (IHT, 8./9.5.93)

- Vereinbarungen über die Bestellung von 21 Düsenverkehrsflugzeugen bei der Firma Boeing im Werte von 800 Mio.US\$ in diesem Jahr. Daneben wurde eine Vereinbarung über Kauf und Leasing von 215 Flugzeugen mit einem Vertragsvolumen von rd. 9 Mrd.US\$ in den folgenden Jahren getroffen. Im letzten Jahr stellte die Flugzeugindustrie mit einem Exportwert von 2,1 Mrd.US\$ den größten Exportanteil;
- Bestellungen über 4.600 Fahrzeuge von General Motors Corp., Ford Motor Corp. sowie Chrysler Corp. mit einem Gesamtwert von 160 Mio. US\$;
- von der China National Petroleum Corp. bestellte Ausrüstungen für Erdölbohrungen und -exploration im Wert von 200 Mio.US\$ bei Unternehmen in Louisiana, Texas und Washington;
- und Verhandlungen zwischen der Chinese Space and Aeronautics Administration und Hughes Aerospace (zählt zum Unternehmen General Motors) über die Lieferung von Satelliten im Wert von 800 Mio. US\$.

Auch Hongkong hatte die Ablehnung der Meistbegünstigung gefürchtet. Nach Schätzungen der Hongkonger Regierung hätte dies einen Verlust von 46.000 Arbeitsplätzen bzw. 2,1% der Gesamtbeschäftigten, einen Rückgang der Reexporte um wertmäßig 4,7-6,3 Mrd.US\$ sowie des Gesamthandels um 6-8% zur Folge gehabt. (SCMP, 24.4.93)

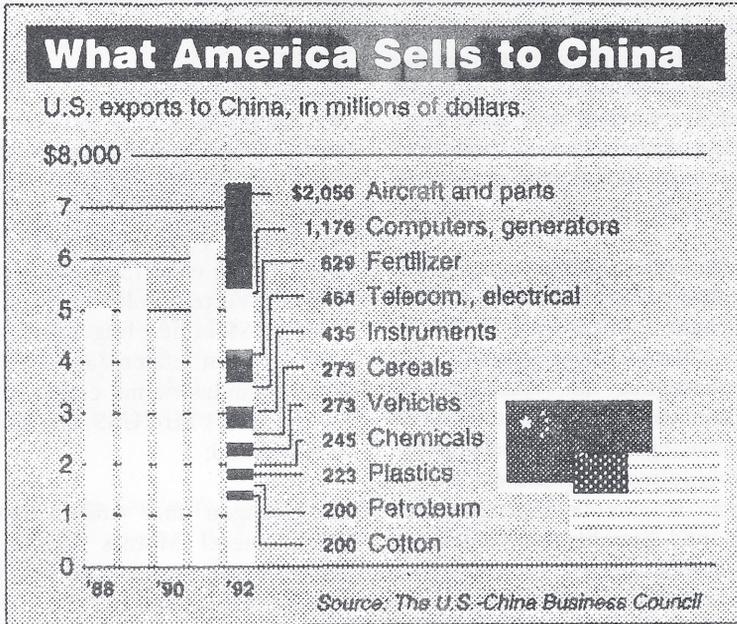
Die chinesische Regierung reagierte auf die geplante Bindung der Meistbegünstigung an spezielle Auflagen mit deutlicher Ablehnung. Das Außenministerium bezeichnete die Bindung

als Einmischung in die inneren Angelegenheiten Chinas und warnte vor einer Verschlechterung der sino-amerikanischen Beziehungen, die sich letztlich negativ für die USA auswirken würde. Die Meistbegünstigung sei die Grundlage des normalen bilateralen Handels und dürfe nicht für politische Ziele eingesetzt werden. (XNA, 29.5.93; BRu, 8.6.93, S.4)

Nach chinesischen Statistiken betrug das bilaterale Handelsvolumen im letzten Jahr dagegen 17,5 Mrd.US\$; die chinesischen Exporte werden mit einem Volumen von 8,6 Mrd.US\$ und die Importe mit 8,9 Mrd.US\$ angegeben. Nach dieser Berechnung würden die USA sogar über einen Überschuß im Handel mit China verfügen. (XNA, 1.5.93) Der Unterschied in der Statistik

das Unternehmen nach wie vor Stoffe und sonstige Zusatzartikel in China kaufen.

Begründet wird dieser Schritt von Levi Strauss mit der Verletzung von Menschenrechten in China, die im Gegensatz zu den Werten stehen, die das Unternehmen vertritt. Der Entscheidung ging eine Überprüfung der für Levi Strauss außerhalb der USA produzierenden Vertragsunternehmen voraus, die nach bestimmten im letzten Jahr festgelegten ethischen Richtlinien beurteilt wurden. Als Folge dieser Überprüfung hatte sich Levi Strauss beispielsweise bereits aus Birma zurückgezogen und bei einer Reihe von Unternehmen in anderen Ländern Auflagen gemacht. Zu den Vertragsbedingungen zählen u.a. bestimmte Standards für Umwelt, Gesundheit und Sicherheit der Arbeiter, Ablehnung von Kinder- und Gefangenearbeit, Beschränkung der Wochenarbeitszeit auf 60 Stunden sowie Lohnzahlungen, die mindestens dem lokalen Niveau entsprechen müssen.



(aus: IHT, 8./9.5.1993)

The New York Times

Die sino-amerikanischen Handelsbeziehungen waren in den letzten Jahren durch das zunehmende Defizit der USA gekennzeichnet. In einer Untersuchung der International Trade Commission (ITC) wird der negative Saldo im Handel mit China mit 18,2 Mrd.US\$ (1991: 5,6 Mrd.US\$) angegeben. Damit haben die USA im gesamten Außenhandel mit China das zweitgrößte Defizit nach Japan; das Defizit trägt zu 18,3% zum Gesamtdefizit der USA bei. Exporte nach China beliefen sich im letzten Jahr auf 7,3 Mrd.US\$ (1991: 6,2 Mrd.US\$). Zu den wichtigsten Exportgütern zählten Transportausrüstungen, Maschinen und Chemierzeugnisse; die Weizenlieferungen nach China machten 1992 rd. 3 Mrd.US\$ (1991: 273 Mio.US\$) aus. Die USA importierten im letzten Jahr 25,5 Mrd.US\$ (1991: 18,9 Mrd.US\$). Bei den Einfuhrgütern dominierten Web- und Wirkwaren, Bekleidung, Schuhe (3,4 Mrd.US\$), Produkte der verarbeitenden Industrie (Spielwaren und Sportgeräte beispielsweise 3,7 Mrd.US\$) sowie Maschinen und Ausrüstungen im Wert von 3,4 Mrd.US\$. (Nfa, 25.5.93)

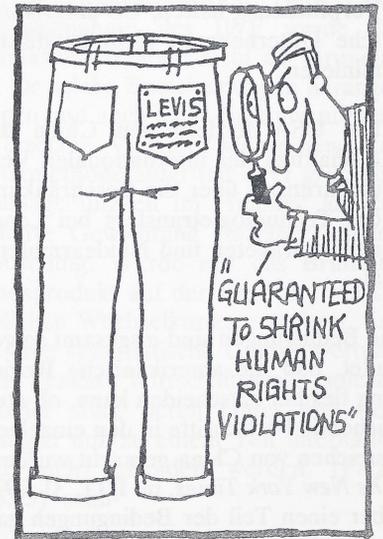
kommt durch die Nichteinbeziehung der Reexporte über Hongkong zustande. (FT, 13.5.93)

Auch in den ersten drei Monaten d.J. erhöhte sich das Defizit der USA (amerikanische Statistik) auf 4,21 Mrd. US\$ und bildet wiederum den zweitgrößten negativen Saldo im Außenhandel hinter Japan (-13,29 Mrd.US\$). (AWSJ, 20.5.93) -schü-

*(25)

Levi Strauss begründet Rückzug aus China mit Menschenrechtsverletzungen

Während ausländische Unternehmen in zunehmendem Maße an Direktinvestitionen in China interessiert sind, verzichtet der Jeans-Hersteller Levi Strauss auf ein stärkeres Engagement auf dem chinesischen Markt. Die Anfang Mai d.J. von dem amerikanischen Unternehmen angekündigte Entscheidung beinhaltet, daß Levi Strauss kein Gemeinschaftsunternehmen in China gründen und bestehende Verträge mit chinesischen Bekleidungsherstellern auslaufen lassen wird. Allerdings wird



(aus: FT, 8./9.5.1993)

Mit einem Umsatz von 5,6 Mrd.US\$ zählt Levi Strauss zu den weltweit größten Bekleidungsunternehmen. Der Anteil, der über chinesische Subunternehmen hergestellt wird, beläuft sich auf 2% des gesamten Verkaufsvolumens. (Le Monde, 6.5.93) Obwohl mit der Entscheidung für einen Rückzug aus China für Levi Strauss Verluste verbunden sein werden, glaubt das Unternehmen, langfristig durch den Schutz des Markennamens eine höhere Akzeptanz bei den Konsumenten zu erreichen. Auch der amerikanische Schuhhersteller Reebok soll inzwi-

schen über eine Überprüfung seiner Vertragsunternehmen nachdenken. (FT 8./9.5.93)

Nach Einschätzung von Frank Martin, Präsident der amerikanischen Handelskammer in Hongkong, ist die Entscheidung von Levi Strauss kein Signal für den Rückzug anderer amerikanischer Unternehmen. (AWSJ, 5.5.93)

Die akkumulierten Investitionen von 2.800 amerikanischen Unternehmen in China beliefen sich im letzten Jahr auf ein vertragliches Volumen von 6,3 Mrd.US\$. Damit war die USA der drittgrößte Investor hinter Hongkong und Japan. (BRU, 17/1993, S. 14) -schü-

*(26)

Neue Phase der Zusammenarbeit zwischen China und Deutschland

Nach Aussagen des chinesischen Außenministers Qian Qichen sind die Beziehungen zwischen Deutschland und China in eine neue Phase getreten. Qian Qichen, der sich Mitte Mai zu Gesprächen mit Bundeskanzler Kohl, Außenminister Kinkel und Minister Spranger vom Bundesministerium für Wirtschaftliche Zusammenarbeit (BMZ) in Deutschland aufhielt, kündigte neben einer engeren politischen Zusammenarbeit "größere Aufträge" für die ostdeutsche Wirtschaft an. Hierbei sei insbesondere an die Bestellung von Frachtschiffen, Personen- und Kühlwaggons gedacht. Qian Qichens Besuch in Deutschland erfolgte im Rahmen der jährlichen deutsch-chinesischen politischen Konsultationen, die durch die Tiananmen-Ereignisse 1989 unterbrochen worden waren und erst 1992 wieder aufgenommen wurden. Für Juli wird der Besuch von BMZ-Minister Spranger in China erwartet, und China rechnet noch in diesem Jahr mit einer erneuten Visite von Bundeskanzler Kohl. (HB, 14.15./5.93)

Mit der Aufhebung der Sanktionen und der Ablehnung von Rüstungslieferungen nach Taiwan hat die Bundesregierung wichtige Vorleistungen für die Verbesserung der deutsch-chinesischen Beziehungen erbracht. Da sich derzeit das Verhältnis zu Frankreich gerade wegen der Lieferung von Rüstungsgütern nach Taiwan in einer kritischen Phase befindet und auch mit Großbritannien Spannungen aufgrund

der Hongkong-Frage bestehen, konzentrieren sich die Bemühungen Chinas auf die Pflege der Beziehungen zu Deutschland. (HB, 11.5.93; FAZ 14.5.93)

Qian Qichen wurde bei seinem Besuch von deutscher Seite auf die unausgeglichene Handelsbilanz zwischen beiden Ländern hingewiesen. Nach der statistischen Erfassung der Handelsströme von deutscher Seite, die auch die Re-Exporte über Hongkong einbezieht, belief sich das bilaterale Handelsvolumen im Jahre 1992 auf 17,39 Mrd.DM. Obwohl sich die deutschen Importe aus China lediglich um 0,8% erhöhten, während die deutschen Exporte nach China um 41,4% stiegen, verzeichnete Deutschland bei einem Importvolumen von 11,65 Mrd.DM und einem Exportvolumen von 5,74 Mrd.DM ein Defizit im Handel in Höhe von 5,74 Mrd.DM. Im Vergleich zum 1991er Defizit in Höhe von 7,5 Mrd.DM fiel der negative Saldo in der Handelsbilanz im letzten Jahr jedoch deutlich geringer aus. (Statistisches Bundesamt)

Nach chinesischen Zollstatistiken stieg das bilaterale Handelsvolumen um 19,8% auf 6,47 Mrd.US\$. Die Importe aus Deutschland erhöhten sich um 31,9% auf 4,02 Mrd.US\$ und die chinesischen Exporte nach Deutschland stiegen um 3,9% auf 2,44 Mrd.US\$. Nach dieser Berechnung mußte also die Volksrepublik ein Defizit im Handel in Höhe von 1,58 Mrd.US\$ hinnehmen. (China's Customs Statistics, Series No.40, S.4)

Der Ausgleich der bilateralen Handelsbilanz und der verbesserte Zutritt für deutsche Unternehmen auf dem chinesischen Markt standen auch im Vordergrund der Gespräche, die Bundeswirtschaftsminister Rexrodt Ende März d.J. mit der chinesischen Regierung in Beijing führte. Bei dieser Gelegenheit legte die neue Außenwirtschaftsministerin Wu Yi ein 10-Punkte-Programm zum Ausbau der Wirtschaftsbeziehungen vor, das folgende Angebote umfaßt (FAZ, 30.3.93, S.15/16; HB, 30.3.93; XNA, 30.3.93):

- Bestellungen von u.a. Druck- und Baumaschinen, medizinischen Geräten, Kabel und Fischereischiffen in den neuen Bundesländern im Wert von 150 Mio.US\$ im Jahre 1993.

- Aufträge zum Bau einer "größeren Zahl" von Schiffen (Ministerpräsident Li Peng soll 60-70 Schiffe genannt haben). Die Auftragsvergabe wird an die Lieferung zu Weltmarktpreisen und einer Subventionierung durch die Bundesregierung in Höhe von 25% gebunden.

- Bestellung von 12 Airbussen, sechs der Flugzeuge sollen sofort geliefert werden. Außerdem wurde eine Option für weitere neun Flugzeuge angemeldet. Das Auftragsvolumen belief sich damit auf mehr als 1 Mrd.US\$.

- Bestellung von Kühl- und Personewaggons bei der Deutschen Waggonbau AG Berlin, die in Betrieben in Sachsen-Anhalt und Sachsen hergestellt werden sollen, wenn die deutsche Seite ein "konkurrenzfähiges Angebot" unterbreitet. Hierfür soll bereits eine Förderungszusage der Bundesregierung von Anfang März d.J. zur Finanzierung von Bestellungen mit 127 Mio.DM vorliegen. Vorgesehen ist, 69 Mio.DM als Finanzkredit in Mischfinanzierung sowie 58 Mio.DM als Entwicklungshilfe bereitzustellen. Darüber hinausgehende Projekte sollen nicht subventioniert, jedoch über Hermes-Bürgschaften abgedeckt werden.

- Beteiligung deutscher Unternehmen am Bau von zwei Wärmekraftwerken in der Provinz Liaoning und der Provinz Heilongjiang. Gespräche über mögliche Kooperationsprojekte sollen mit der Deutschen Babcock AG und der Firma Siemens laufen, die im Februar den Zuschlag für den Bau eines Diesel- und Gasturbinenwerkes in Hainan erhalten hatte.

- Kooperationsangebote für 300 Projekte mit einem Volumen von 30 Mrd.US\$, bei denen deutsche Unternehmen eine Bevorzugung erfahren sollen, wenn diese gleichwertige Angebote wie sonstige Projektbewerber unterbreiten.

- Gründung einer deutsch-chinesischen Kommission für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Investitionen, die als Ergänzung zum bestehenden "gemischten Ausschuß" Fragen der Gemeinschaftsunternehmen und Handelsprobleme erörtern soll.

- Einrichtung eines Industrieparks in Tianjin, der der mittelständischen Industrie Deutschlands Standortvorteile bei der Gründung rein deutscher und deutsch-chinesischer Unternehmen bieten soll. In Tianjin wird durch Entwicklungshilfegelder in Höhe von 50 Mio. DM bereits ein Ausbildungszentrum für Meister und Ingenieure gefördert. Auch ist die Firma Wella dort seit längerer Zeit mit einem Joint Venture vertreten und die Mannesmann-Demag baut in Tianjin ein Röhrenwerk. Bisher sei das Konzept eines Industrieparks nach Einschätzung des Bundeswirtschaftsministeriums von den deutschen Unternehmen nicht angenommen worden, da die Ansiedlung vom Standort des chinesischen Partners abhängig gemacht worden war.
- Einrichtung einer "Projektbörse" für deutsch-chinesische Kooperationsvorhaben.
- Zusammenarbeit zwischen mittelständischen deutschen Betrieben und kommunalen Unternehmen in China. In diesem Zusammenhang sollen chinesische Führungskräfte nach Deutschland kommen.

Der deutschen Delegation wurden außerdem beim Eisenbahn- und Verkehrsministerium die für den nächsten Zeitraum geplanten Neubau-, Ausbau- und Elektrifizierungsprojekte vorgestellt. (SZ, 31.3.93) Die chinesische Seite soll Interesse am ICE-Hochgeschwindigkeitszug gezeigt haben. (HB, 31.3.93) Die Shanghai Metro-Gruppe, ein Konsortium aus AEG, Duewag AG, Siemens AG und ABB-Waggon Union, das den Bau des ersten U-Bahnabschnitts durchführte, hat auch ein Angebot für die Ausschreibung der zweiten Strecke vorgelegt. Diese ist als Verbindungsstrecke unterhalb des Huangpu-Flusses in Shanghai geplant. Außerdem beteiligt sich die Shanghaier Metro-Gruppe an der Ausschreibung der U-Bahnprojekte in Beijing und Guangzhou. (XNA, 30.5.93)

Bei einer Diskussion der im China-Geschäft engagierten Unternehmen mit Bundeswirtschaftsminister Rexordt in Beijing wurden die derzeit dringendsten Probleme offenbar. Hierzu zählt nach wie vor die zähe Bürokratie und der "Gesetzes- und Verordnungsdschungel", aber auch der Währungs-

verfall mit der Folge von Devisenknappheit auf den Swap-Märkten. Weiterhin wurde von den deutschen Firmen die Arbeit der Schiedsgerichte bei Streitfällen mit deutschen Lieferanten als unzureichend bezeichnet und auf die mangelhafte Einhaltung des Patentschutzes hingewiesen. Außerdem beklagten die Unternehmen, daß für das Export- und Import-Geschäft in China noch immer Zutrittsbarrieren beständen, während chinesischen Firmen in Deutschland diese Möglichkeit offenstünde. (HB, 31.3.93)

Ob die in Aussicht gestellten Großaufträge zustande kommen werden, wird in erster Linie von der Frage der Exportfinanzierung abhängen. Daß die bundesrepublikanischen Unternehmen hierbei einen Wettbewerbsnachteil haben, machte ein Bericht deutlich, der dem Bundeswirtschaftsministerium und dem Auswärtigen Amt vorgelegt wurde. In diesem Bericht wird als Beispiel die Auftragsvergabe über den Bau von 12 Gas- und vier Wasserturbinen für ein Kraftwerk der China Gas and Power Corp. in Hongkong an die GEC Alstom mit einem Auftragsvolumen von 2,6 Mrd.DM genannt. Um diesen Auftrag hatte sich ein Konsortium von Siemens/Babcock beworben, war aber aufgrund der schlechteren Finanzierungsmodalitäten mit höheren Kosten für die Hermes-Bürgschaft und ungünstigeren Kreditzinsen nicht berücksichtigt worden. So soll das deutsche Angebot um 100 Mio.US\$ über dem Konkurrenzangebot gelegen haben. (HB, 31.3.93)

Nach Angaben des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit wird die China für 1993 zugesagte Entwicklungshilfe ein Volumen von insgesamt 231 Mio.DM erreichen. Im Rahmen der finanziellen Zusammenarbeit sollen Mittel in Höhe von 180 Mio.DM für Maßnahmen der Abwasserent- und Trinkwasserversorgung sowie zur Aufforstung und Emissionsreduzierung bereitgestellt werden. Außerdem sollen zwei Projekte der ländlichen Telekommunikation und ein Eisenbahnprojekt gefördert werden, für die Lieferungen aus den ostdeutschen Bundesländern vorgesehen sind. Ein Betrag in Höhe von 45 Mio.DM ist für die Technische Hilfe vorgesehen und wird für Vorhaben der beruflichen Aus- und Fortbildung eingesetzt. Für Projekte in besonders armen Regionen sind 6 Mio.DM bestimmt. (FZ, 6.5.93; NfA, 6.5.93)

Deutsche Unternehmen haben auch in den letzten Monaten ihr Engagement in China verstärkt. So plant die Thyssen AG Düsseldorf ein Kooperationsunternehmen in China mit einer Maschinenbaufabrik, um dort Aufzüge zu produzieren. Das vorgesehene Investitionsvolumen wird sich auf ca. 20-30 Mio.DM belaufen. Auch für andere Bereiche wie Wasserwerke, Stahlweiterverarbeitung für die Autoindustrie und für den Bau von Umweltschutzanlagen werden Investitionsmöglichkeiten geprüft. Für dieses Jahr erwartet Thyssen ein Umsatzvolumen im Exportgeschäft mit China in Höhe von 800 Mio.DM (zwei Drittel der Exporte sind Stahl). (SZ, 22.3.93)

Das Mannheimer Straßenbauunternehmen Vögele AG beabsichtigt noch in diesem Jahr die Gründung eines Joint Ventures für den Bau von Straßenbaumaschinen. Mit dem derzeitigen Lizenznehmer in Xuzhou soll ein Kooperationsunternehmen mit einer deutschen Mehrheitsbeteiligung von 55% gebildet werden. Zunächst sollen hier 50 und später 100 Straßenbaumaschinen pro Jahr gefertigt werden. Für Vögele ist China mit einem Umsatz von 20 Mio.DM der wichtigste Auslandsmarkt. (HB, 18.3.93; NfA, 14.5.93) Über das Investitionsvolumen wurde noch nichts bekannt.

Die Präsenz auf den Wachstumsmärkten in Asien will die Linde AG, Wiesbaden, mit der Gründung eines Joint Ventures für die Herstellung von Gegengewichtsstaplern in der Sonderwirtschaftszone Xiamen ausbauen. Das Unternehmen soll auf eine Kapazität von 15.000 Einheiten ausgelegt werden. (SZ, 27.5.93)

Einen Ausbau ihrer Marktposition in China plant die BASF mit der Gründung von drei neuen Gemeinschaftsunternehmen. Hierzu zählt ein Joint Venture zur Herstellung von Textil- und Lederhilfsmitteln in Shanghai, das Zulieferer für die expandierende chinesische Bekleidungs- und Schuhindustrie sein wird. In Ostchina ist ein Joint Venture zur Produktion von technischen Kunststoffen und in Shanghai ein weiteres Kooperationsunternehmen für Farbstoffe und Pigmente geplant. Das von deutscher Seite eingebrachte Kapital für alle drei Unternehmen wird mit 300 Mio.DM angegeben; der chinesische Anteil soll ein vergleichbares Niveau haben.

Der Umsatz von BASF-Exporten wie Kunststoff- und Faservorprodukten, Düngemitteln, Industrie- und Feinchemikalien sowie Zwischenprodukten für die Textil- und Lederindustrie auf dem chinesischen Markt beläuft sich auf rd. 500 Mio.DM. Da sich die westdeutsche Chemieindustrie auf die Märkte in USA und Westeuropa konzentriert hat, weist der Anteil der Chemieindustrie (ohne Cracker- und Petrochemie) Deutschlands in China schätzungsweise nur 3% bzw. 1,5 Mrd. DM auf. Für die 90er Jahre rechnet die BASF mit einer Zuwachsrate des Chemiemarktes in China von 8%, während diese in den USA und Westeuropa nur 3,2% und 2,8% betragen wird. Nach Einschätzung der BASF wird das eigene China-Geschäft um 10% wachsen und damit eine Verdoppelung des Geschäftsvolumens bis zum Jahr 2000 möglich werden. Bis Ende des Jahrzehnts wird erwartet, daß die Chemiemärkte in Europa, USA und Asien eine vergleichbare Größe erreichen werden; für China wird mit einem Marktvolumen von 90 Mrd.US\$ gerechnet (für Deutschland mit 107 Mrd. US\$). (FAZ, 19.4.93)

Anfang Mai d.J. haben die Mercedes Benz AG sowie das chinesische Unternehmen Jing Da Automotive Manufacturing eine Absichtserklärung über die gemeinsame Fertigung von Mercedes-Bussen unterzeichnet. Der chinesische Partner ist ein Joint Venture zwischen dem Bus-Hersteller TIBS aus Singapur sowie der Beijing Bus Manufacturing. Zunächst sollen im Gemeinschaftsunternehmen 500 Busse und in einer späteren Phase 1.000 Busse pro Jahr hergestellt werden. Durch das direkte Engagement in China erhofft sich Mercedes den Einstieg in den Markt, der durch Importverbote für ausländische Autobusse versperrt ist. (NfA, 14.5.93; HB, 11.5.93) -schü-

*(27)

Wachsende Bedeutung Südkoreas als Wirtschaftspartner

Die wirtschaftliche Zusammenarbeit zwischen der VR China und Südkorea hat sich nach Aufnahme diplomatischer Beziehungen im August 1992 deutlich vertieft. So stieg das bilaterale Außenhandelsvolumen entsprechend chinesischer Statistik im letzten Jahr um 56% gegenüber 1991 auf 5,06 Mrd. US\$. Chinas Importe aus Südkorea

beliefen sich auf 2,62 Mrd.US\$ (+146%), während die Exporte 2,44 Mrd.US\$ (+11,8%) ausmachten. Damit verzeichnete China eine negative Handelsbilanz in Höhe von 185,7 Mio. US\$. Im letzten Jahr belief sich der Anteil der Primärgüter am gesamten Export Chinas nach Südkorea auf 54%. (AWSJ, 4.3.93; China's Customs Statistics Series No.40, S.3)

Nach Angaben von Chan-Hyuk Park, Direktor des koreanischen Handelszentrums in Beijing, belief sich das beidseitige Handelsvolumen im letzten Jahr auf 8,22 Mrd.US\$ und stieg damit gegenüber 1991 um 41,2%. Nach koreanischen Berechnungen exportierte China Güter im Werte von 3,73 Mrd. US\$ und importierte Waren mit einem Handelswert von 4,49 Mrd.US\$, so daß Chinas Handelsbilanzdefizit 760 Mio. US\$ beträgt. (XNA, 30.3.93)

Die unterschiedlichen Angaben über die Höhe des Außenhandels sind vor allem darauf zurückzuführen, daß bis zur Aufnahme diplomatischer Beziehungen im August 1992 der Handel über Drittländer wie Hongkong abgewickelt wurde, der in der chinesischen Zollstatistik nicht erfaßt wird.

Nach einer Untersuchung von Zhou Jianmin, stellvertretender Direktor des Institute of Asian and Pacific Studies bei der Akademie für Sozialwissenschaft in Shanghai, ist Südkorea inzwischen der fünfthöchste Handelspartner für China; aus koreanischer Sicht ist China der viertwichtigste Handelspartner. (XNA, 23.2.93)

Auch als Investor wurde Südkorea immer wichtiger und nahm 1992 bereits den fünften Platz ein. Der Umfang der vereinbarten Investitionsprojekte belief sich im letzten Jahr durchschnittlich auf 1,13 Mio.US\$ und erhöhte sich damit um 23% gegenüber 1991. (SWB, 5.5.93) Südkoreanische Direktinvestitionen konzentrieren sich mit über der Hälfte auf die Provinz Shandong, die Südkorea gegenüber liegt. Zhou Jianmin rechnet damit, daß südkoreanische Investoren zukünftig stärker in der Provinz Jiangsu und in Shanghai investieren werden. (XNA, 23.2.93)

In der Stadt Yantai, Provinz Shandong, soll auch die erste gemeinsam von Südkorea und China veranstaltete internationale Handelsmesse stattfinden.

Hierzu werden rd. 5.000 Geschäftsleute aus China, Südkorea und anderen Ländern erwartet, die Gespräche über Handel, gemeinsame Investitionsprojekte und technologische Zusammenarbeit führen werden. Nach Angaben von Wang Dehe, stellvertretender Bürgermeister von Yantai, weist die Stadt nicht nur gute Investitionsbedingungen im Hinblick auf die ausgebaute Infrastruktur und Energieversorgung auf, sondern auch ethnische Bindungen zu Südkorea. So sollen viele der Auslandschinesen in Südkorea aus Yantai kommen, die die Ausweitung der Handelsbeziehungen zwischen der Stadt und Südkorea unterstützt hätten. Bis Ende April d.J. wurden 84 sino-koreanische Unternehmen mit einem Investitionsvolumen von 64 Mio.US\$ und einer koreanischen Kapitalbeteiligung von 28 Mio.US\$ gegründet. (XNA, 13.5.93)

Ein größeres Kooperationsprojekt wurde Mitte Februar d.J. zwischen der Stadt Tianjin und einer südkoreanischen Landerschließungsgesellschaft vereinbart. Hierbei ging es um den Transfer von Landnutzungsrechten über eine Gesamtfläche von 1,15 km², die zu einem Industriepark ausgebaut werden soll. Im Industriepark sollen mehr als 100 Unternehmen aus Südkorea und anderen Ländern angesiedelt werden. Die geplante Investition der südkoreanischen Erschließungsgesellschaft wird mit 400 Mio.US\$ angegeben, die Pachtdauer wird 50 Jahre betragen. (XNA, 19.2.93)

Aufgrund der steigenden Lohnkosten blicken immer mehr südkoreanische Unternehmen nach China als neuen Produktionsstandort. So sollen die drei größten Hersteller von Haushaltselektronikgeräten, Samsung Electronics, Goldstar und Daewoo Electronics, beabsichtigen, die Produktion von Audio-Geräten nach China zu verlagern. Das Unternehmen Samsung, das bereits vom chinesischen Hersteller Funny Co. auf OEM(Original Equipment Manufacturing)-Basis Kassetten für den heimischen Markt importiert, will nunmehr ein Joint Venture zur Produktion von allen Audio-Komponenten mit Ausnahme der neuen LDP (Laser Disc Player) und DCC (Digital Compact Cassettes) gründen. Ein Kooperationsunternehmen in China zum Bau von Audio-Ausrüstungen der unteren und mittleren Preisklasse plant auch Goldstar bis 1994. Seit Mitte 1992 stellt

Daewoo-Electronics bereits in Shenyang (Provinz Liaoning) Kassetten auf OEM-Basis für den koreanischen Binnenmarkt her und beabsichtigt, die Audio-Produktion zukünftig auszuweiten. (NfA, 17.5.93)

Ende April d.J. fanden in Seoul die ersten offiziellen Gespräche über Handel und wirtschaftliche Zusammenarbeit nach der Aufnahme diplomatischer Beziehungen zwischen Südkorea und der VR China statt. Die Durchführung solcher bilateraler Gespräche ist Teil der Vereinbarungen vom Vorjahr über den institutionellen Rahmen einer verstärkten Kooperation. (ASWJ, 27.4.93) Um die Wettbewerbssituation koreanischer Unternehmen bei Großprojekten in China zu verbessern, hat die Regierung Südkoreas nunmehr beschlossen, ebenfalls öffentliche Entwicklungshilfe in Höhe von 100 Mio.US\$ zu gewähren. Die Mittel werden aus dem Korea Economic Development and Cooperation Fund bereitgestellt und als zweckgebundene Kredite zur Finanzierung von Projekten in China verwendet. Damit reagiert Korea auf die Ausweitung öffentlicher Kredite zu Vorzugsbedingungen durch andere Länder, vor allem durch Japan. Auch westliche Staaten hätten diese Kredite zur Mitfinanzierung von Infrastrukturprojekten verstärkt eingesetzt. (NfA, 27.5.93) -schü-

Binnenwirtschaft

*(28)

Maßnahmen gegen Inflation

Zum 15.5.93 hat die Zentralbank die Spar- und Kreditzinsen erhöht, um die Inflation abzubremsen. Die Sparzinsen auf Bankeinlagen wurden um durchschnittlich 1,19% auf 8,08% und die Kreditzinsen um durchschnittlich 0,82% auf 9,36% angehoben. (AWSJ, 17.5.93)

Die jährliche Zinsrate auf Sichteinlagen privater und institutioneller Sparer steigt von 1,8% auf 2,16%. Die Zinsrate für Termineinlagen wird um durchschnittlich 2,18% angehoben. Im einzelnen findet folgende Erhöhung der Zinsraten für Termineinlagen statt:

Neue Zinssätze für Bankeinlagen

Zeitliche Befristung der Einlage	Derzeitiger Zinssatz (%)	Neuer Zinssatz (%)
3 Monate	3,24	4,86
6 Monate	5,40	7,20
1 Jahr	7,56	9,18
2 Jahre	7,92	9,90
3 Jahre	8,28	10,80
5 Jahre	9,00	12,06
8 Jahre	10,08	14,58

Quelle: *Jingji Ribao*, 15.5.93, S.1.

Die Erhöhung der Kreditzinsen schlägt sich in einer Anhebung der Jahreszinsen für die Aufnahme von Krediten für Betriebskapital von derzeit 8,64% auf 9,36% nieder. Bei Krediten für die technologische Umgestaltung steigen die Jahreszinsen von 8,46% auf 9,18%, und auch bei Krediten für Investbauprojekte gibt es jeweils unterschiedliche Zinssätze (keine näheren Angaben hierzu).

Die relativ geringe Anhebung der Kreditzinsen wird damit begründet, daß eine zu starke Belastung der Unternehmen vermieden werden soll. Vorzugsbedingungen werden weiterhin bei Investbaukrediten in den 13 wichtigsten Investbaubereichen wie Rohstoffe, Transport, etc. sowie bei Krediten für den Ankauf von Getreide, Baumwolle, Speiseöl und Exportprodukten gelten. (JJRB, 15.5.93)

Anfang Mai wurden gleichzeitig die Nominalzinssätze auf Staatsanleihen erhöht. Für diese Anleihen mit einer dreijährigen Laufzeit gilt nunmehr ein Zinssatz von 12,52% (vormals 10%) und für solche mit einer fünfjährigen Laufzeit 14,06% (vormals 11%). (NZZ, 18.5.93) -schü-

*(29)

Drastischer Anstieg des Einzelhandelsumsatzes und Rückgang der Spareinlagen

Vor dem Hintergrund der zunehmenden Inflation sind die Spareinlagen bei den Banken im März d.J. um 4,48 Mrd.Yuan gesunken. Da die Geldentwertung doppelt so hoch war wie die Sparzinsen, wurde verstärkt das Ersparnis an private oder staatliche Fir-

men zu einem Zinssatz bis zu 20% verliehen, durch Schwarzmarktkäufe in Devisen angelegt oder zum Kauf hochwertiger Güter und Goldschmuck verwandt. (NZZ, 18.5.93) Die Lebenshaltungskosten in den 35 großen Städten stiegen im April um 17% gegenüber dem Vorjahresmonat. Dies ist die größte Zunahme seit 1988. (ASWJ, 18.5.93)

Im April d.J. stieg der Einzelhandelsumsatz um 25,4% gegenüber dem Vorjahresmonat. Im Vergleich zum März d.J. erhöhte sich der Umsatz um 6,9%. Nach Einschätzung der Staatlichen Planungskommission wird für das gesamte Jahr mit einer Zunahme um 20% gerechnet. (CD, 5.6.93) -schü-

*(30)

Mindestlöhne für Chinas Arbeiter

Wie die *China Daily* am 10.5.1993 berichtet, wird das Arbeitsministerium dem Staatsrat in Kürze einen Entwurf über die Festlegung von Mindestlöhnen für Arbeiter als Teil geplanter gesetzlicher Bestimmungen zum Schutz der Rechte der Arbeitskräfte vorlegen. Diese Ankündigung erfolgte auf einer viertägigen Tagung in Beijing zu Fragen der Reform des Arbeits- und Lohnsystems sowie zur sozialen Absicherung in den Unternehmen.

Einige Regionen mit einem relativ hohen wirtschaftlichen Entwicklungsniveau sollen bereits eigene Bestimmungen über Mindestlöhne erlassen haben. In der Sonderwirtschaftszone Zhuhai, Provinz Guangdong, wurde die Höhe der Mindestlöhne beispielsweise auf monatlich 350 Yuan festgelegt. Ob es einen landesweit einheitlichen Mindestlohn geben und welche Höhe dieser aufweisen wird, wurde noch nicht bekannt.

Die Juli 1992 erlassenen Bestimmungen des Staatsrates erlauben den Staatsunternehmen, die Höhe der Löhne selbst zu bestimmen. Damit soll die Praxis der egalitären Verteilung aufgehoben und die Arbeitsproduktivität erhöht werden. Nach Einschätzung von Zhu Jiazhen, stellvertretender Arbeitsminister, wird diese Reform zu einer Vergrößerung der Einkommensunterschiede zwischen den Beschäftigten führen. Die Höhe der Löhne von 41 Millionen Arbeitskräften in den staatseigenen Betrieben, mehr als die